

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 21. Juni 2010**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Hug, Dr. Ketterer, Metzger, (CDU)
Wersch

Kaufmann, Möhrle (bis 17:36 Uhr), R. Ulrich, Völker (SPD)

Brischke (ab 14:45 Uhr bis 18:00 Uhr), Haußmann, (FDP-FW)
Lenk (bis 16:50 Uhr)

Jasper, Ostfalk (bis 18:00 Uhr) (Freie Wähler)

Besa, Fauth-Rank (GRÜNE)

Das stv. Ausschussmitglied: Schaal (CDU)

Elser (ab 14:35 Uhr) (SPD)

Abramzik (bis 17:14 Uhr) (FDP-FW)

Dannenmann, Kern (Freie Wähler)

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich

Kreiskämmerer Geißler

Dezernent Bauer

Dr. Vogt, GB Schulen, Bildung, Kultur (Top 1 u. 2)

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft (Top 4)

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken (Top 3 u. 5)

Schulamtsdirektor Fackler, Staatliches Schulamt (Top 1)

Backnang

Weitere Mitarbeiter

Presse

Schulleiterinnen und Schulleiter

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der nichtöffentlich Sitzung: 13:30 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 14:32 Uhr

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:35 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:12 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:14 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:25 Uhr

§ 1

Einführung der Werkrealschule im Rems-Murr-Kreis; Vorstellung der zukünftigen Schulstandorte und Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulzentren (Drucksachen 38/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 38/2010 und macht einleitend darauf aufmerksam, dass zu den Auswirkungen auf die Schülerbeförderung durch die Einführung der Werkrealschule, Aussagen derzeit noch nicht getroffen werden könnten. Die Thematik müsse auch mit dem Land diskutiert werden, da dieses sich nicht mehr an der Schülerbeförderung beteilige und man deshalb einen Abmangel zu finanzieren habe.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache 38/2010 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er stellt die künftigen Standorte der Haupt- und Werkrealschulen im Rems-Murr-Kreis vor. Der Unterschied zur bisherigen Schulart sei, dass gegenüber einem freiwilligen 10. Schuljahr an einer Hauptschule, künftig ein durchgehender sechsjähriger Bildungsgang mit eigenem schulartbezogenem Profil sowie eine Kooperation mit den Beruflichen Schulen eingeführt werde. Im Rems-Murr-Kreis würden nach dem derzeitigen Stand von bisher 35 Hauptschulen, 19 in Werkrealschulen umgewandelt; 12 Schulen würden als Hauptschule bestehen bleiben und 4 weitere geschlossen. Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt stellt außerdem die Kooperation der Werkrealschulen mit den Berufsfachschulen in den jeweiligen Profilen und die weiterführenden Bildungsangebote vor.

Schulrat Fackler, Staatliches Schulamt Backnang erläutert ergänzend das pädagogische Profil und die Ziele der neuen Werkrealschule anhand einer Präsentation die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Ziel des neuen sechsjährigen Bildungsgangs solle eine intensiviertere, individuelle Förderung und Berufswegeplanung sein. Der mittlere Bildungsabschluss der Werkrealschulen sei ein Regelabschluss und mit dem Realschulabschluss gleichwertig. Es gebe keine Bindung an Schulbezirke, so dass die Schule frei ausgewählt werden könne. In den Klassen 8 und 9 seien zweistündige Wahlpflichtfächer in den Bereichen Natur- und Technik, Wirtschafts- und Informationstechnik sowie Gesundheit- und Soziales vorgesehen. In der Klasse 10 erfolge ein gemeinsames Bildungsangebot des allgemeinbildenden und des beruflichen Schulsystems, um eine berufliche Grundbildung zu vermitteln. Hieraus entstehe ein eigenständiges schulartbezogenes Profil. Schulrat Fackler berichtet, dass die Werkrealschule auch als Ganztagschule möglich sei. Die Entscheidung über die Anträge für die Einrichtung einer Werkrealschule werde von den Regierungspräsidien bearbeitet. Die

Schüler würden an 2 Tagen in der Woche eine Berufsfachschule besuchen. Zudem sei in jedem Jahr ein Wechsel von der Hauptschule auf die Werkrealschule möglich.

Kreisrat Lenk weist darauf hin, dass in der Öffentlichkeit noch die Unsicherheiten bestünden, was mit der neuen Werkrealschule auf die Schüler und Eltern zukomme. Daher sei es wichtig, dass weiter umfassend informiert werde. Er halte die Werkrealschule zwar für einen interessanten pädagogischen Ansatz, es bleibe jedoch abzuwarten, wie erfolgreich diese sei und wie eine Verzahnung mit den Beruflichen Schulen erfolge. Fest stehe, dass ein sehr großer organisatorischer Aufwand verursacht und der Klassenverband an zwei Tagen aufgelöst werde. Für den Landkreis sei wichtig, dass viele ortsnahe Angebote zur Verfügung stünden. Der FDP-FW-Fraktion sei wichtig, dass möglichst viele Profile angeboten würden.

Kreisrat Kaufmann erklärt, es bleibe abzuwarten, wie viele Hauptschulen es in einigen Jahren noch gebe.

Kreisrat Hug begrüßt, dass die Beruflichen Schulen des Landkreises ein gutes Angebot für die Werkrealschulen anbieten werden. Er bitte um Auskunft, ob die Aufhebung der Schulbezirke auch für die Berufsachschulen gelte. Hinsichtlich der Schülerbeförderung vertrete er die Ansicht, dass das Land auch die Mehrkosten für die Schülerbeförderung tragen müsse, wenn dieses die Werkrealschule einführe.

Schulrat Fackler antwortet, es gebe Hauptschulen, von denen keine Schüler an die Werkrealschule wechseln und Hauptschulen die Schüler abgeben würden. Für die Hauptschulen biete sich die Chance, sich noch stärker profilieren zu können und falls es zu wenig Schüler gebe, auch zu kooperieren. Nachdem die Schulbezirke aufgehoben würden, sei der Besuch der Berufsfachschule auch außerhalb des Kreises möglich.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt antwortet auf Frage von Kreisrätin Fauth-Rank, falls es zu starke Konzentrationen auf bestimmte Profile in der Berufsfachschule gebe, gebe es Möglichkeiten, die Profile zu variieren.

Kreisrätin Elser erklärt, sie sehe ein Problem aufgrund der demographischen Entwicklung. Es stelle sich die Frage, ob es die richtige Lösung sei, wenn die verbleibende Schülerzahl weiter ausdifferenziert werde. Die Konsequenz wäre dann wohl, dass die Standorte aufgegeben werden müssten.

Landrat Fuchs entgegnet, nachdem es bei den Hauptschulen landesweit Akzeptanzprobleme gebe, bestehe die Chance, die Schulart attraktiver zu machen.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zu Kenntnis.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 2

Einbringung des Schulentwicklungsplans II für die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises (Drucksache 39/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und bringt den Schulentwicklungsplan II in die Beratung ein.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache 39/2010 anhand einer Präsentation die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er betont, einer der Schwerpunkte sei insbesondere die Neuordnung der Kaufmännischen Berufsschulen. Dabei solle eine Entlastung des Standortes Waiblingen und eine Stärkung der Berufsschulen in Backnang und Schorndorf erfolgen. So sei vorgesehen, die Standorte für Industriekaufleute, von 3 auf 2 durch Aufgabe des Standorts Waiblingen zu reduzieren. Zudem sei geplant, Fachklassen für Lagerlogistik in Schorndorf einzurichten. Des Weiteren werde es neue Schularten im höher qualifizierenden Bereich geben. So sei geplant, in Backnang ein sozialwissenschaftliches Gymnasium, in Schorndorf ein Wirtschaftsaufbaugymnasium sowie in Waiblingen ein hauswirtschaftliches Berufskolleg zur Fachhochschulreife anzubieten. Hinzu komme ein kaufmännisches und ein technisches Berufskolleg II. Als ergänzende Maßnahmen solle die einjährige Berufsfachschule für Sozialpflege in eine zweijährige umgewandelt werden. Die Fachklassen zum Industrieelektroniker in Backnang, würden um die Fachrichtung Betriebstechnik ergänzt werden. Darüber hinaus werde noch ein Duales Berufskolleg für Gesundheitsberufe in Schorndorf eingerichtet. Im Hinblick auf die Kooperation mit den künftigen Werkrealschulen sollten jeweils zweijährige Berufsfachschulen für Körperpflege in Waiblingen, für Farbtechnik- und Raumgestaltung in Backnang sowie für Bautechnik in Schorndorf eingerichtet werden. Zur besseren Vernetzung und Koordination solle außerdem ein Schulbeirat eingerichtet werden.

Landrat Fuchs weist ergänzend daraufhin, dass der Schulentwicklungsplan I vor 7 Jahren verabschiedet worden sei. Seitdem seien die Schülerzahlen um 13 % gestiegen. Die Veränderungen in Waiblingen würden auch erfolgen, um eine Abwanderung nach Stuttgart zu stoppen. Der Bereich für Sozialberufe solle wegen der hohen Nachfrage verstärkt werden.

Kreisrat R. Ulrich begrüßt den vorgelegten Plan, zumal es anfangs nicht selbstverständlich gewesen sei, dass ein Konsens erreicht werde. Nun habe man eine Win-Win-Situation für alle Schulzentren. Nachdem nun 50 verschiedene Schularten angeboten würden, stelle sich die Frage wie über

diese informiert werde.

Kreisrätin Fauth-Rank begrüßt die Einrichtung des Schulbeirats. Sie halte es für wichtig, dass dieser vor den Haushaltsberatungen tage. Nach ihrer Kenntnis, gebe es in anderen Landkreisen bereits kreisübergreifende Abstimmungsgespräche zur Lenkung der Schülerströme. Sie halte dies auch für die Region Stuttgart für wichtig. Sie erinnere zudem an den Antrag der Fraktion der Grünen „über die Bewerberlage an den Beruflichen Gymnasien sowie an den Berufskollegs zu berichten“, was von der Verwaltung schriftlich beantwortet worden sei. Sie bitte ergänzend um Auskunft, wo die Schüler unterkommen würden, die im Rems-Murr-Kreis nicht aufgenommen werden könnten. Laut Presse könnten viele Bewerber nicht bedient werden.

Kreisrat Hug erklärt, die CDU-Fraktion werde dem Schulentwicklungsplan ebenfalls zustimmen, da man das Konzept für zukunftssträftig halte. Außerdem werde das Angebot weiter qualifiziert und die Standorte weiterentwickelt, wobei die demographische Entwicklung ebenfalls berücksichtigt werde, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Außerdem passe man sich an die Nachfrage aus der Wirtschaft an. Auch die Wirtschaftlichkeit werde berücksichtigt. Er schließe sich der Anregung von Kreisrätin Fauth-Rank an, eine Abstimmung innerhalb der Region vorzunehmen und das Angebot an Schularten nach außen zu kommunizieren.

Kreisrat Ostfalk legt dar, es bestehe Einigkeit darüber, das Angebot und die Profile an den Bedarf anzupassen. Er vermisse allerdings eine Aussage, ob der Plan kostenneutral umgesetzt werden könne. Nachdem die Schülerzahlen insgesamt zurückgehen würden, stelle sich die Frage, ob die allgemeinbildenden Schulen geschwächt würden.

Kreisrat Lenk bestätigt, dass den jetzt erreichten Plan ein langer Prozess vorausgegangen sei. Positiv sei auch, dass dieser von einem externen Berater begleitet worden sei. Nach seiner Auffassung müsse der Expansion der Stadt Stuttgart „Paroli“ geboten werden, vor allem wenn die Zahlen mittelfristig zurückgehen würden. Verständlich sei, dass angesichts der derzeitigen Finanzlage nicht an eine bauliche Erweiterung in Waiblingen gedacht werden könne. Wichtig sei auch, dass sich der Kreis auch gegenüber den Privatschulen positioniere, die expandieren würden. Daher seien Vollzeitangebote sehr wichtig. Er begrüße auch die Einrichtung des Schulbeirats. Wichtig sei, dass dieser regelmäßig tage und der Schulentwicklungsplan bei der Evaluation begleitet werde.

Kreisrat Haußmann bitte zu prüfen, ob die Industriekaufleute aus Kernen die Berufsschule in Schorndorf besuchen könnten, zumal hier eine verkehrsgünstigere Anbindung bestehe.

Kreisrat Dr. Ketterer spricht sich ebenfalls für eine Abstimmung innerhalb der Region aus, da auch der S-Bahn-Ringschluss Backnang-Marbach, kreisübergreifende Kooperationsmöglichkeiten verbessere.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt nimmt zu den Redebeiträgen Stellung und antwortet, dass über die vielfältigen Angebote der Beruflichen Schulen z.B. durch eine Zeitungsbeilage und das Internet oder die Ausbildungsmesse Fokus Beruf informiert werde. Außerdem würden die Schulen Berufsinformationstage veranstalten. In Waiblingen sei vorgesehen, nach Fertigstellung der neuen Mensa, die bisherigen Räumlichkeiten in zwei Klassenzimmer umzubauen. Bezüglich des Wirtschaftsaufbaugymnasiums liege noch keine Zustimmung der Kultusbehörden vor.

Hinsichtlich der Bewerberlage bei den Beruflichen Gymnasien gebe es einen Bewerberüberhang für das Sozialwissenschaftliche Gymnasium. Bei den anderen Gymnasien sei die Situation entspannter. Die Beruflichen Gymnasien würden keine Konkurrenz zu den Allgemeinbildenden Gymnasien darstellen, da nur eine gewisse Quote für Übergänger vorgesehen sei und diese insbesondere von Schülern mit mittlerem Bildungsabschluss besucht würden.

Landrat Fuchs sagt auf Bitte von Kreisrat Haußmann zu, dass bis zur Sitzung des Kreistags geklärt werde, ob Auszubildende zur/zum Industriekaufrau/-mann, welche in Kernen wohnen, die Berufsschule in Schorndorf besuchen können.

Landrat Fuchs antwortet Kreisrat Ostfalk, die Umsetzung des Schulentwicklungsplans werde zu gegebener Zeit evaluiert. Für die Einrichtung des Wirtschaftsaufbaugymnasiums brauche man auch „Verbündete“, die das Anliegen unterstützen würden.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

- 1) Der Schulentwicklungsplan II für die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises wird festgestellt und zur Grundlage des weiteren Ausbaus von Bildungsangeboten erklärt.
- 2) An der Anna-Haag-Schule in Backnang wird zum Schuljahr 2010/11 ein Berufliches Gymnasium der sozialwissenschaftlichen Richtung eingerichtet.

- 3) An der Kaufmännischen Schule in Waiblingen wird zum Schuljahr 2010/11 ein Kaufmännisches Berufskolleg II eingerichtet.
- 4) An der Gewerblichen Schule in Waiblingen wird zum Schuljahr 2010/11 ein Technisches Berufskolleg II eingerichtet. Die entsprechende Klasse wird jeweils erst dann beschult, wenn die Plätze an der Grafenbergschule in Schorndorf belegt sind.
- 5) An der Maria-Merian-Schule in Waiblingen wird zum Schuljahr 2010/11 die einjährige Berufsfachschule für Sozialpflege in eine zweijährige Berufsfachschule für Sozialpflege umgewandelt.
- 6) An der Kaufmännischen Schule in Waiblingen werden die Fachklassen für Industriekaufleute aufgehoben. Die derzeit bestehenden Fachklassen werden an der Schule zu Ende geführt. Fellbach, Kerren, Waiblingen und Korb werden für die künftigen Fachklassen dem Schulbezirk der Eduard-Breuninger-Schule Backnang, Weinstadt dem Schulbezirk der Johann-Philipp-Palm Schule Schorndorf zugeordnet.
- 7) An der Johann-Philipp-Palm-Schule wird zum Schuljahr 2010/11 eine Fachklasse für Lagerlogistik eingerichtet.
- 8) An der Gewerblichen Schule in Backnang werden die Fachklassen der zweijährigen Ausbildung zum Industrieelektriker um die Fachrichtung Betriebstechnik erweitert.
- 9) An der Grafenbergschule in Schorndorf wird baldmöglichst ein duales Berufskolleg für Gesundheitsberufe eingerichtet.
- 10) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, trotz der derzeit ablehnenden Haltung der Kultusbehörden zur sinnvollen Abrundung des Bildungsangebotes seiner Beruflichen Schulen sich weiterhin für die Einrichtung folgender Schularten einzusetzen:
 - Berufliches Gymnasium der 6-jährigen Aufbauform wirtschaftswissenschaftlicher Richtung an der Johann-Philipp-Palm Schule in Schorndorf
 - Einjähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife der hauswirtschaftlichen Richtung an der Maria-Merian-Schule in Waiblingen

- 11) Zur Abrundung des Angebots für die Werkrealschüler und zur gleichmäßigen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten wird die Kreisverwaltung beauftragt sich bei den Kultusbehörden weiterhin für die Einrichtung folgender Berufsfachschulen einzusetzen:
- Zweijährige Berufsfachschule für Körperpflege an der Gewerblichen Schule in Waiblingen
 - Zweijährige Berufsfachschule für Farbtechnik und Raumgestaltung an der Gewerblichen Schule in Backnang
 - Zweijährige Berufsfachschule für Bautechnik an der Grafenbergschule in Schorndorf
- Falls die Kultusbehörden den entsprechenden Einrichtungen zustimmen, gelten diese hiermit als vom Kreistag genehmigt.
- 12) Zur besseren Vernetzung und Koordination wird ein Schulbeirat für die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises in folgender Zusammensetzung eingerichtet:
- Jeweils ein Vertreter der Kreistagsfraktionen
 - Die Schulleiter der Beruflichen Schulen
 - Vorsitzender und Stellvertreter des Gesamtelternbeirats der Beruflichen Schulen
 - 2 Schülervertreter
 - 2 Lehrervertreter
 - Schuldekane der Beruflichen Schulen beider Konfessionen
 - 2 Vertreter der Kammern
- 13) Das Regierungspräsidium wird gebeten, künftig regelmäßig regionale Abstimmungsgespräche für die Schulentwicklung in der Region Stuttgart durchzuführen.

Auszüge:

3 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 3

Sachstandsbericht zum Krankenhausneubau in Winnenden

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, gibt einen Bericht über den Stand des Krankenhausneubaus in Winnenden ab. Die Präsentation hierzu ist dem Original der Niederschrift beigelegt. Er berichtet, dass die hochgerechneten Neubaukosten Stand April 2010 voraussichtlich rd. 250 Mio. EUR betragen würden und damit deutlich unter den prognostizierten 266 Mio. EUR liegen würden. Der Rückstand im Zeitplan wegen der geänderten Gründung und des langen Winters, hole man derzeit wieder auf. Die nächsten anstehenden Auftragsvergaben seien die Ausgleichsmaßnahmen für die ökologischen Eingriffe sowie die Gewerke Heizung, Kühlung, Lüftung und Sanitär. In Vorbereitung seien außerdem der Bereich Medizintechnik sowie die Ausstattung für die OP's. Die Küchenplanung sei bereits fertig gestellt.

Ohne weitere Bratung nimmt der Ausschuss den Bericht zum Stand des Krankenhausneubaus der Rems-Murr-Kliniken in Winnenden zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

§ 4

Nachnutzung der Klinikareale in Waiblingen und Backnang: Sachstandsbericht (Drucksachen 83/2009-VSKA28.09.09 und 40/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft Waiblingen, erläutert die Drucksache 40/2010 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er berichtet zum aktuellen Stand für das Klinikareal in Backnang, dass neben dem Ziel der ambulanten medizinischen Nahversorgung, eine strukturfördernde und stabilisierende Nachnutzung angestrebt werde. Dies könne eine medizinisch bzw. gesundheitsbezogene Verwendung sein, wie z. B. die Überlassung des Areals für eine Fach- oder Rehabilitationsklinik. Eine weitere Möglichkeit sei die Ansiedlung hochwertiger Dienstleistungsfunktionen z. B. durch eine Behörde oder eine ähnliche Einrichtung. Mittelfristig solle eine Veräußerung und Nachnutzung des gesamten Areals erfolgen. Eine „Brachen-Situation“ müsse jedoch vermieden werden. Das Gesundheitszentrum Backnang sei auf gutem Wege. Der Baubeginn sei für 2011 vorgesehen, die Eröffnung Ende 2012. Die Stadt Backnang präferiere für die Fläche jenseits der Karl-Krische-Straße eine medizinisch/gesundheitsbezogene Nachnutzung. Die Gewinnung entsprechender Investoren bzw. Betreiber sei nur zu erwarten, sofern die Landesregierung bzw. Reha-Kostenträger den Unterhalt einer Klinik öffentlich finanzieren würden. Hierzu seien Sondierungsgespräche auf politischer und fachlicher Ebene erforderlich. Die Ansiedlung hochwertiger Dienstleistungsfunktionen sei eher schwierig, da es hohe Büro-Leerstände im Umfeld gebe, die nicht für den Standort sprechen würden. Andere Optionen, wie eine Wohnnutzung sei allenfalls für Randbereiche vorgesehen. Die Entscheidung über das Nachnutzungskonzept solle bis Mitte 2011 erfolgen. Geschäftsführer Braune berichtet über die Nachnutzungsplanung für das Klinikareal in Waiblingen, dass der Projektverlauf im Zeitplan sei. Es gebe einen Annäherungsprozess zwischen der Stadt und dem Landkreis im Hinblick auf die grundsätzlichen Nutzungsüberlegungen. Im zweiten

Halbjahr solle die Planung im Hinblick auf Wohnungsbau und die Nutzung durch Gewerbe bzw. Behörden oder andere Sondernutzungen weiter verfeinert werden. Parallel dazu sei die Vorbereitung des Bebauungsplanverfahrens vorgesehen. Der Projektabschluss Mitte 2011 sei aus heutiger Sicht nicht gefährdet. Für den Bebauungsplan müssten die Untersuchungsergebnisse der externen Fachgutachten vorliegen. Diese Gutachten müssten unabhängig von der Art der künftigen Nutzung, auf jeden Fall in Auftrag gegeben werden.

Kreisrat Hug erklärt, den Vorschlägen für Waiblingen könne zugestimmt werden, nachdem sich die Nachnutzung einfacher gestalte, als in Backnang. Dort sei die Situation schwieriger, zumal er sich nicht vorstellen könne, dass es in Backnang zu einer Einrichtung komme, die in Konkurrenz zu den eigenen Kliniken stehe.

Kreisrat Haußmann signalisiert, dass die FDP-FW-Fraktion die vorgeschlagene Vorgehensweise ebenfalls begrüße und zustimmen werde.

Kreisrat Dr. Ketterer erinnert daran, dass in Backnang 600 Arbeitsplätze wegfallen würden, was einen wesentlichen Eingriff in die Infrastruktur darstelle. Daher dürfe man sich nicht nur auf Wohnbau oder Gewerbe bzw. nur auf das Gesundheitszentrum konzentrieren. Der Landkreis sei hier in einer besonderen Verantwortung für einen entsprechenden Ausgleich.

Kreisrätin Elser weist ergänzend darauf hin, dass es nicht darum gehe, eine Einrichtung als Konkurrenz zu Winnenden zu finden, sondern um eine sinnvolle Ergänzung. Immerhin gebe es im Rems-Murr-Kreis mit 450.000 Einwohnern, kein entsprechendes Angebot. Keinesfalls dürfe am Ende nur die reine Vermarktung stehen.

Kreisrat Jasper bittet zu beachten, dass nicht nur in Backnang, sondern auch in Waiblingen Arbeitsplätze verloren gehen würden.

Landrat Fuchs erwidert, der Kreis habe einen Versorgungsauftrag für Backnang und für Waiblingen. Es gebe jedoch unterschiedliche Bedarfslagen. Falls ein entsprechender Markt bzw. ein Träger vorhanden sei, könne auch die Standortfrage diskutiert werden.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss en bloc einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Nachnutzungsplanung für die Klinikareale Backnang und Waiblingen gemäß den Ausführungen des u. g. Sachstandsberichts weiter fortzusetzen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der Großen Kreisstadt Waiblingen einen Vertrag abzuschließen, welcher die Durchführung vorbereitender Maßnahmen zur Entwicklung einer Bebauungsplanung auf dem Klinikareal regelt.



3. Für den aus Ziff. 2 entstehenden Aufwand wird eine Summe von 50.000 EUR bewilligt. Die Finanzierung erfolgt im Haushalt 2011.

Auszüge:

- 1 Dezernat 2
- 1 Rems-Murr-Kliniken
- 1 Kreisbaugesellschaft
- 1 RMIM
- 2 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 5

Beitritt zur QuMiK – Qualität und Management im Krankenhaus (Drucksache 41/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Winter erläutert die Drucksache 41/2010 zusammenfassen.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Beteiligung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH an der QuMiK Qualität und Management im Krankenhaus GmbH und dem Erwerb eines Gesellschaftsanteils in Höhe von 5.000 € wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 Rems-Murr-Kliniken

§ 6

Pilotprojekt Digitalfunk bei der integrierten Leitstelle für den Rettungsdienst und die Feuerwehr (Drucksache 42/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Erster Landesbeamter Friedrich erläutert die Drucksache 42/2010 und führt hierzu insbesondere aus, Grund für die Umstellung von Analog- auf Digitalfunk sei der Beschluss der Innenministerkonferenz, ein gemeinsames digitales Funknetz für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zu entwickeln. Der Aufbau im mittleren Neckerraum sei soweit fortgeschritten, dass ab Oktober 2010 der Probetrieb starten könne. Die Integrierte Leitstelle in Waiblingen sei vom Land Baden-Württemberg für den nichtpolizeilichen BOS-Digitalfunk als Pilotanwender ausgewählt worden, da diese über erfahrenes und für das Projekt geeignetes Personal verfüge. Die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt im Rems-Murr-Kreis, sollen dann in die weiteren 45 nicht-polizeilichen Leitstellen einfließen. Die Leitstelle in Waiblingen sei inzwischen technisch für die digitalen Erfordernisse angepasst worden. Ein wichtiger Teil der Pilotphase sei der Test des Funkbetriebes der Feuerwehren. Außerdem würden auch Testfunkgeräte im Bereich des Rettungsdienstes eingesetzt. Erster Landesbeamter Friedrich legt zur Finanzierung dar, dass die digitale Aufrüstung der Leitstelle 72.000 EUR koste, die durch Zuschüsse des Landes, aus Mitteln der Feuerschutzsteuer und durch die Kostenträger des Rettungsdienstes finanziert würden. Auf den Landkreis kämen keine Kosten zu. Für die Beschaffung der Funkgeräte der Feuerwehren entstünden dem Landkreis Kosten in Höhe von bis zu 29.000 EUR, die durch nicht verwendete Haushaltsmittel aus dem Vorjahr finanziert werden könnten.

Kreisrat Kaufmann gibt zu bedenken, dass die Pilotphase auch nicht weiterverfolgt werden könnte und sich dann die Frage stelle, was mit den beschafften Geräten passiere. Außerdem sei offen, welche Kosten nach der Pilotphase entstehen würden.

Kreisrat Hug begrüßt, dass der Rems-Murr-Kreis für die Pilotphase ausgewählt worden sei.

Kreisrat Jasper weist darauf hin, dass die Geräte auf jeden Fall gebraucht würden, da der Einsatz des Digitalfunks bei den Behörden zwingend notwendig sei.

Erster Landesbeamter Friedrich entgegnet, es stelle sich nicht die Frage, ob der Digitalfunk einge-

führt werden solle, sondern es gehe darum, Erfahrungen für die Praxis zu gewinnen. Falls man sich nicht an der Pilotphase beteilige, müsse man im Anschluss trotzdem einsteigen und die Geräte beschaffen.

Kreisrat Wersch weist darauf hin, dass der Digitalfunk ursprünglich bis zur Fußball WM 2006 eingeführt werden sollte. Inzwischen sei Deutschland neben Albanien das letzte Land, dass noch nicht über Digitalfunk verfüge.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Der Bericht zum Pilotprojekt BOS Digitalfunk im Rems-Murr-Kreis wird zur Kenntnis genommen. Der Beschaffung von bis zu 24 digitalen Endgeräten durch den Landkreis (ca. 29.000 €) wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Dezernat 4

1 GB Baurecht

§ 7

Spendenbericht

(Drucksache 43/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 43/2010 aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen



§ 8

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert